

Mikola Markewitsch

Verehrte Freunde!

Mein größter Wunsch ist es gewesen, an diesem Tag bei Ihnen - meinen Gleichgesinnten und Kollegen - zu sein. Das belarussische Regime, das Regime Alexander Lukaschenkos, von Journalisten "Europas letzter Diktator " genannt, verfügt über genügend Mittel, um seine andersdenkenden Bürger zu Geiseln zu machen und sie gewaltsam in diesem Status zu halten. Dass ich heute nicht bei Ihnen sein kann, wird formal mit meinem Status als Verurteilter begründet. Der wahre Grund dafür, dass ich heute nicht bei Ihnen sein kann, ist, dass die belarussischen Behörden vermeiden wollen, dass über ihre Verbrechen gegen Menschenrechte und -freiheiten aus erster Hand berichtet wird.

Belarus und seine Bürger durchleben schwere Zeiten. Täglich erfahren Belarussen Verletzungen ihrer Rechte. Das Recht der Menschen auf Meinungs- und Pressefreiheit steht unter besonderer Kontrolle des Herrn Lukaschenko und wird von ihm mit besonderer Raffinesse und Grausamkeit unterdrückt. Im Land gibt es kein einziges unabhängiges elektronisches Massenmedium. Einige wie durch ein Wunder noch existierende private Rundfunksender müssen ihren Nachrichtenticker sowie ihre Sendepolitik mit dem Informationsministerium abstimmen. Einige wenige noch bestehende unabhängige Printmedien, die sachliche und wahrheitsgetreue Informationen anzubieten wagen, müssen einem enormen Druck standhalten. Diese Zeitungen werden aus vorgeschobenen Gründen vorübergehend oder für immer eingestellt, sie werden mit unangemessenen Geldstrafen sowie ungerechten Tarifen erdrückt. Diejenigen von ihnen, die durchgehalten haben und auch danach vor den Machthabern nicht in die Knie gegangen sind, werden bei Druck und Vertrieb behindert.

In dieser kurzen Grußadresse hat es wenig Sinn, alle Einzelfälle der Verfolgung von Presse und Journalisten durch belarussische Behörden aufzuzählen. Allein in diesem Jahr sind Dutzende von Printmedien und Journalisten im ganzen Land Opfer der Unterdrückungsmaschine von Herrn Lukaschenko geworden. Ganz offensichtlich, es geht um einen sorgfältig durchdachten Plan. Im Vorfeld von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sowie eines wiederholten verfassungswidrigen Referendums über die Verlängerung der Vollmachten des Herrn Lukaschenko haben die Behörden eine vollständige Säuberung des belarussischen Informationsfeldes beschlossen. Trotz eines gut eingespielten Systems zur Verfälschung von Willenserklärungen der Bevölkerung hat das totalitäre Regime eine panische Angst vor dem freien Wort und lässt sogar ungeachtet eigener Gesetze nichts unversucht, um unerfahrene Wähler vor jeglicher Verunsicherung zu bewahren.

Nach Auffassung von Herrn Lukaschenko ist allein die gewaltige staatliche Propagandamaschine existenzberechtigt, die das Hirn von Belarussen mit einer monströsen Mischung aus Lüge und Fremdenhass tagaus tagein sorgfältig durchspült.

Am 10. Dezember wird der 55. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Menschenrechtserklärung in vielen Ländern begangen. Trotz des auf jeden unkontrollierten Akt von Zivilcourage abzielenden Verbots seitens belarussischer Behörden wird es Aktionen zum Schutz der Menschenrechte am Abend des 10. Dezember in mehreren belarussischen Städten geben. Der Aufruf zu diesen Aktionen kam von Frauen, deren Ehemänner – politische Opponenten von Alexander Lukaschenko – von belarussischen "Todesschwadronen" entführt worden sind. Mit einer brennenden Kerze in der Hand werden Bürgerrechtler, Jugendliche, engagierte Mitglieder politischer Parteien sowie unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen, einfache Bürger, die mit Ehefrauen von Vermissten sowie mit all denen solidarisch sind, deren Rechte im heutigen Belarus verletzt werden und die durch das Lukaschenko-Regime zu Schaden gekommen sind, am 10. Dezember gemeinsam eine Menschenkette bilden. Die beste Unterstützung für sie alle wäre eine ähnliche Aktion deutscher Bürgerrechtler, beispielsweise vor dem Gebäude der belarussischen Botschaft in Deutschland. Gemeinsam sind wir stark! Zusammen sind wir in der Lage, unser gemeinsames Recht auf ein würdiges Leben in unserem gemeinsamen europäischen Haus zu bewahren.

Mikola Markewitsch

7.12.03